

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/1332/2023
	Status:	öffentlich
	Datum:	01.06.2023
Antragsteller*in:	Kinder- und Jugendparlament	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Bau- und Mobilitätsausschuss	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Park-Regelung für die in Marburg geplanten E-Roller

Beschlussvorschlag

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, Regelungen zum Parken, der in Marburg geplanten E-Roller aufzustellen. Diese sollen als Empfehlung ausgesprochen werden.

Begründung

Die Universitätsstadt Marburg ist eine Stadt, die sich als barrierefreie Stadt auszeichnet. Besonders die Erhaltung der Barrierefreiheit innerhalb der Stadt wird durch die Einführung der Elektroroller problematisch, da herumstehende E-Roller für Menschen mit Beeinträchtigung ein großes Hindernis während des Passierens darstellen. Dies lässt sich bereits in anderen Städten Deutschlands erkennen. Dort sind E-Rollern keine festen Plätze/Standorte zugeteilt, weshalb diese überall in der Stadt verteilt herumliegen.

Sollten ähnliche Zustände in Marburg eintreten wäre dies überaus problematisch. Für stark sehbeeinträchtigte Menschen wird es so schwer bis unmöglich ungehindert die Stadt zu durchqueren, da sich die weißen Langstöcke in den E-Rollern verhaken können und somit eine erhöhte Stolpergefahr bestehen würde. Für Marburg, die als „Stadt der Blinden“ bezeichnet wird, sind solche Zustände unzumutbar.

Auch für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, stellen E-Roller ein ähnliches Problem dar, wenn diese Gehwege versperren.

Zuletzt haben wir zu erwähnen, dass ohne eine ebensolche Regelung, die Gefahr besteht, dass Elektroroller in der Lahn versenkt werden. Somit würde es zu einer Umweltverschmutzung kommen, die es zu vermeiden gilt.

Ein Lösungsansatz wäre, dass Parkplätze für die E-Roller eingeführt werden, damit diese den Alltag von Seh- und Gehbeeinträchtigten Menschen nicht stören. Zudem könnte so eine Umweltverschmutzung vermieden werden.

Dies und viele weitere Themen sollten in den Regelungen festgehalten werden, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Für das Kinder- und Jugendparlament

Lasse Wenzel

1. Vorsitzender des KiJuPa Marburg

Anlage/n

Keine